

Soziale Nachhaltigkeit – auch ein Thema für Familien

Was hat meine Küchenarbeitsplatte mit Sozialer Nachhaltigkeit zu tun? Fair gehandelten Kaffee kennen wir alle seit vielen Jahren und wir wissen, dass Organisationen wie GEPA und Fair Trade viel für eine gerechte Entlohnung von Kaffeebauern in den entsprechenden Anbauländern getan haben.

■ Wer weiß aber, dass vielleicht der Grabstein eines Familienangehörigen durch Kinderarbeit abgebaut wurde?

■ Wer macht sich Gedanken, woher seine Küchenarbeitsplatte kommt?

Vielleicht ein ungewöhnliches Thema – aber ein wichtiges.

In meiner beruflichen Eigenschaft als Verantwortliche in einer Kommune lernte ich den Verein Xertifix kennen. Der Verein Xertifix setzt sich gegen Kinderarbeit insbesondere beim Abbau von Steinen ein. Der Verein Xertifix, dessen

Vorstände Herr Benjamin Pütter und der ehemalige Arbeitsminister Norbert Blüm

sind, gewährleistet, dass die von ihm überprüften Firmen Steine ohne unverträgliche Kinderarbeit abbauen. Sie stellen sicher, dass auch bestimmte Firmen, die in gewissem Maße mit Kinderarbeit in Verbindung kommen, zumindest für diese Kinder auch Schulen bauen und es somit eine gewisse Mindestschulversorgung für diese Kinder gibt.

Der Verein Xertifix ist mittlerweile auch im Land Baden-Württemberg bei der „Echt-Gut-Initiative“ ausgezeichnet worden und hat des Weiteren viel Beachtung in den unterschiedlichsten Medien gefunden. Der Verein Xertifix ist auch kein einzelner Verein, der sich mit der grundsätzlichen Problemstellung mit sozialer Beschaffung auseinandersetzt. Ich hatte die Möglichkeit, Ende letzten Jahres an einem Europäischen Kongress für soziale Beschaffung teilzunehmen. Ziel war es, in der Europäischen Union Unterstützer dafür zu bekommen, dass nicht nur ökologische Kriterien bei Vergabeentscheidungen der öffentlichen Hand benannt werden können, sondern auch soziale Kriterien. Dies ist für eine sozial gerechte Verteilung von Gütern wesentlich. Denn das Interessante an meinem Pflastersteineinkauf ohne Kinderarbeit

war, dass er eigentlich gegen Vergaberecht verstößt, da das Kriterium ohne Kinderarbeit bisher nicht Berücksichtigung finden darf. Insofern ist dies für die öffentliche Hand ein sehr wichtiges Thema.

Aber sollte dies nicht auch mehr Thema in den Familien werden? Weil wir alle Konsumenten sind. Wir sind diejenigen, die die Produktionsprozesse beeinflussen. Nur mit unserem Konsumverhalten können wir verdeutlichen, dass wir an sozialer und gerechter Preisstruktur und somit auch an sozialen und gerechten Lohn- und Arbeitsbedingungen interessiert sind. Das eingangs erwähnte Kaffeebeispiel war sicherlich hier ein Vorreiterprodukt. Kümmern wir uns in Zukunft auch um Grabsteine oder um die Herkunft unserer Küchenarbeitsplatten.

Aus der ökologischen Diskussion kennen wir seit längerem auch bei manipulierten Lebensmitteln die klare Forderung vieler Kreise, diese zu kennzeichnen. Insofern möchte ich mit diesem Artikel den Blick lenken, dass weiteren Konsumgütern, die in der Familie alltäglich sind, mehr Beachtung beim Einkauf geschenkt werden sollen. Neben der Frage des Einkaufs von Steinen, hier vor allem das Problem Kinderarbeit in Indien, sind Textilien und Bekleidung ebenfalls besonders unter die Lupe zu nehmen. Hier weiß ich, dass ich einen wunden Punkt treffe. Billigkleidung ist insbesondere für Familien unter dem begrenzten Haushaltsbudget eine verständliche Einkaufslösung. Dennoch traue ich mich zu fragen, kann das



Cornelia Petzold-Schick
stellv. Diözesanvorsitzende
des Familienbundes
der Katholiken





Finanzbudget durch weniger Kleidung aber vielleicht faireren Einkauf auch eingehalten werden? Das begrenzte Familienbudget wird gerne dazu benutzt, dass Politiker und sonstige Entscheidungsträger sagen können, es hat ja niemand an besserer, sozialerer oder gerechterer Beschaffungsqualität ein Interesse. Insofern würde ich mir wünschen, dass gerade auch in den finanziell belasteten Familien ein Zeichen gesetzt werden könnte „auch uns ist es wichtig, dass Produkte ohne Kinderarbeit z. B. auf den Markt kommen.“ Dann ist die Argumentation, dass der Markt hierauf keinen Wert legt wesentlich beeinträchtigt.

Ein weiterer Konsumentenbereich wird uns in den Familien nicht nur beschäftigen, sondern wirklich auch tagtäglich vor Augen geführt: die Energieproblematik. Der Liter Benzin liegt über 1,50 EUR und hat damit einen Preis erreicht, der noch vor einigen Jahren von vielen Politikern als völlig unrealistisch bezeichnet wurde. Zur Erinnerung: Die 5,00 DM-Liter-Benzin-Kampagne wurde den Grünen sehr angelaftet (wir sind nun umgerechnet schon bei über 3,00 DM). Aber der Preis ist auch nur der Indikator für das Problem dahinter. Wie sieht unsere Energiebeschaffung in Zukunft aus? Unsere Mobilität wollen wir nicht einschränken, aber dass das immer „Weiter-Höher-Schneller-Syndrom“ eine Grenze finden wird, muss nun auch dem größten Optimisten klar werden. Innovation und Umdenken ist sicherlich zunächst von Forschung, Unternehmertum und Politik als Erstes zu fordern. Wir Konsumenten müssen unseren Beitrag jedoch auch dazu leisten.

Leider agiert die Politik durch vermeintliche Angst vor Wählerstimmen oft kurzfristig und konzeptlos. Unsystematische und bruchstückhaften Versuche, die Situation in Blick zu nehmen und kurzfristig zu handeln, hat jedoch nichts mit nachhaltiger Politik zu tun. Insofern ist die Diskussion im Landtag Nordrhein-Westfalen über steigende Heizölpreise und die damit verbundene Problematik, vor allem in finanzschwachen Familien, ein Ausdruck großer Hilflosigkeit. Allen Ernstes wurde im Landtag diskutiert, dass finanzschwachen Familien angeraten werden soll, bestimmte Zimmer nicht zu heizen.

Insofern möchte ich auch alle sensibilisieren, bei dem großen Thema Energiequellen der Zukunft und der verantwortbare Umgang damit, sehr wachsam zu sein. Energiesparen, Energieeffizienz sowie die Nutzung alternativer Energien sind die Zauberwörter der Zukunft. Außerdem sollte man sich überlegen, ob der eigene Energieversorger den richtigen ökologischen Energiemix anbietet. All dies gilt es, schnellstmöglich im Freundes-, Familien-, Kollegenkreis zu überlegen und mit kleinen Umsetzungsschritten zu beginnen. Bewahrung der Schöpfung hat ganz konsequent den Anspruch, mit den Quellen der Schöpfung verantwortungsbewusst umzugehen, so dass bestimmte Energielösungsstrategien auf der Hand liegen. Ausbau alternativer Energien – hier geht kein Weg daran vorbei und er hat auch schnell zu erfolgen. Das Erfolgsrezept des erneuerbaren Energiengesetzes hilft dazu. Alle, die die Möglichkeit haben, auf ihrem eigenen Häuschen ein Solarpanel zu errichten, sollten dies nutzen, unabhängig davon kann sich jeder an einer Gemeinschaftssolaranlage (oft auf Schuldächern) beteiligen. Radausflüge sind glücklicherweise beliebt, so dass die Radtour eine willkommene Abwechslung zur Gewohnheitsfahrt sein kann. Muss jedes Mal der Trockner angeworfen werden? Muss immer Montag morgens gewaschen werden? Viele, viele kleine Fragen, denen wir uns (mich eingeschlossen) im Alltag nicht stellen, weil wir es eben gewöhnt sind, in einem gewissen Ablauf zu verfahren.

Insofern möchte ich uns wachrütteln, einmal eine energiebewusste Familienwoche einzulegen. Ich glaube gerade die Kinder werden viele Ideen entwickeln, wie wir noch energieeffizienter umgehen können. Machen Sie mit!

Insofern fordere ich alle auf mitzudenken, mitzustreiten, mitzudiskutieren wie wir unsere Macht als Konsumenten für eine soziale und gerechtere Welt besser einsetzen können.

Für alle, die Interesse an einer Vertiefung dieser Themen haben, bieten wir im November ein Wochenende an: Ich möchte jetzt schon darauf hinweisen.

Zwischenruf zum Stichwort Nachhaltigkeit

Das Konzept der Nachhaltigkeit entspringt ursprünglich der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung aus dem Jahr 1992. Nachhaltigkeit in diesem Verständnis betont die Integration von drei verschiedenen Aspekten, nämlich die wirtschaftliche, soziale und ökologische Perspektive.

Konkret heißt das, bei politischen Entscheidungen und konkreten Maßnahmen müssen diese drei Bereiche in einem Zusammenhang begriffen werden, die sich nicht widersprüchlich gegenüber stehen und einseitig auf eine Sichtweise abzielen, sondern sich ergänzen und eine sinnvolle Einheit ergeben. D.h. konkret: Nur so viel Holz schlagen, wie nachwachsen kann, nicht von der Substanz, sondern vom Ertrag leben und letztendlich nachfolgenden Generationen keine Aufgaben aufbürden, die jetzt gelöst werden müssen (z.B. Schuldenabbau).

Zwei Beispiele zur Verdeutlichung: Die Frage des Biosprits: Die zunächst faszinierende Idee, verbrauchten Rohstoff einfach nachwachsen zu lassen, stößt an Grenzen, wenn dadurch Lebensmittel, insbesondere für arme Länder, unerschwinglich teuer werden.

Oder: Die Nutzung der Wasserkraft ist eine äußerst umweltfreundliche Form der Energieerzeugung, wenn jedoch Menschen zwangsumgesiedelt werden, um Stauseen entstehen zu lassen, ist auch hier die Frage zu stellen, inwieweit unverzichtbare soziale Belange ökonomischen Zielen untergeordnet werden.

Oder: Wenn eine Stadt wegen des Ziels des Schuldenabbaus ihren ganzen, eigenen Wohnungsbestand verkaufen will, so kann dies zwar ökonomisch sinnvoll sein, ist jedoch unter der sozialen Perspektive kaum vertretbar, da steigende Mieten, Wohnungsverkäufe u. Ä, mit dem Ziel der Gewinnmaximierung zu erwarten sind – beides Entwicklungen, welche ärmere Haushalte und damit oft kinderreiche Familien bzw. Alleinerziehende verstärkt treffen würden und damit die soziale Perspektive vernachlässigen.

Fakt ist also, dass das Konzept der Nachhaltigkeit (Sustainability) einen hohen Standard formuliert, der sowohl auf kommunaler wie auf globaler Ebene ein verbindlicher Maßstab sein

Nachhaltigkeit ist das neue Schlagwort, welches einen verbindlichen Maßstab für das Handeln im politischen wie im familienpolitischen Bereich benennen soll. Aber: Was versteckt sich denn hinter dieser Worthülse?

soll, der gleichwohl bei konkreten Entwicklungen, Vorhaben und Entscheidungen oftmals schwer einzuhalten ist bzw. deshalb gern oberflächlich diskutiert wird.

Festzuhalten ist aber auch, dass sich 179 Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, dazu verpflichtet haben, dieses Konzept umzusetzen. Die Bundesregierung legte deshalb 2002 die Strategie "Perspektiven für Deutschland" vor und die Bundesregierung griff dies unter Bundeskanzlerin Angela Merkel 2005 explizit als "Nationale Nachhaltigkeitsstrategie" auf, die fortlaufend weiterentwickelt werden soll. Trotzdem gilt es, genau hinzuhören: Wer allgemein, wie in politischen Reden an der Tagesordnung, den Begriff 'Nachhaltigkeit' gebraucht, will sich in der Regel nur einer modischen Worthülse bedienen, um den eigenen Aussagen Wirksamkeit zu verleihen.

Das eigentliche Konzept der Nachhaltigkeit ist auch auf Familienpolitik bezogen aussagekräftig: So geht es bei der Rente genau um die Frage, wie intergenerative Gerechtigkeit, wie soziale Verlässlichkeit und langfristige Finanzierbarkeit erreicht werden kann. Oder auf die Frage der Umwelt bezogen geht es darum, unseren Kindern die Lebensgrundlagen zu erhalten, die nicht das reine Überleben, sondern Lebensqualität zum Maßstab nehmen. Genau genommen stehen Familien genau im Zentrum von ökologischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhängen. Und genau deshalb greifen wir vom Familienbund Freiburg dieses anspruchsvolle Konzept gezielt auf, werden dies auch im Herbst bei unserem Familienbundswochenende bearbeiten und haben es schlussendlich auch zum Thema unserer Bundeskonferenz vom 17.-19. Oktober in Freiburg vorgeschlagen und beschlossen.



Ulrich Kirchgäßner

*Diözesanvorsitzender
des Familienbundes der
Katholiken*





Georg Zimmermann

Diözesangeschäftsführer des Familienbundes der Katholiken

Elterngeld – gut für alle?

Zum 1.1. 2007 löste das Elterngeld das Bundeserziehungsgeld ab. Es waren und sind durch die Bundesregierung – in der Regel durch die zuständige Familienministerin Ursula von der Leyen proklamiert – eindeutige Ziele gesetzt. Das Elterngeld soll

- mehr Wahlfreiheit für Männer und Frauen zwischen Erwerbsarbeit und Familienarbeit ermöglichen.
- eine wirksame und nachhaltige wirtschaftliche Sicherung unmittelbar nach der Geburt fördern.
- die Opportunitätskosten angemessen ausgleichen
- einen Schonraum finanziell sichern, damit alle Eltern die Betreuung ihres Kindes in dessen 1. Lebensjahr selbst übernehmen können.
- für Männer die Chancen verbessern, aktive Väter zu sein – soll Frauen die Rückkehr in das Berufsleben erleichtern.

So oder ähnlich sind die Formulierungen in der Gesetzesbegründung, dem Dossier Elterngeld des Kompetenzzentrums des Bundesfamilienministeriums oder in anderen „offiziellen“ Papieren.

Insbesondere aus diesem Dossier und der Jahresstatistik 2007 zum Elterngeld des Statistischen Bundesamtes werden im Folgenden beispielhaft Ergebnisse vorgestellt, in Zusammenhang gesetzt und (damit) auch bewertet.

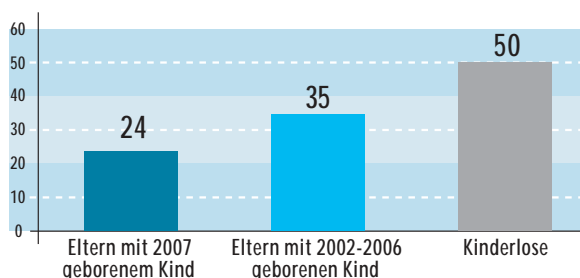
Elterngeld und Engagement von Vätern

Nach repräsentativen Befragungen (RWI) wollen bei Eltern, die bereits Elterngeld beziehen, 34 % der Väter Elterngeld nutzen. Die Frauen schätzen dies zu 24 % von ihren Partnern. Da

Partnermonate auch noch zu einem späteren Zeitpunkt beantragt werden können, kann man vermuten, dass die Beteiligung von Vätern zunehmen wird. 56 % der Väter von Kindern, die vor 2007 geboren wurden bzw. 60 % der kinderlosen Männer würden bei einem weiteren/zukünftigen Kind gerne Elterngeld nutzen und immerhin noch 35 % bzw. der 50 % der Frauen machen diese Aussage über ihre Partner.

Quelle: RWI 2007

Einschätzung der Frauen über die Bereitschaft zur Inanspruchnahme des Elterngeldes durch die Partner



Tatsächliche Entwicklung des Elterngeldbezuges der Väter

Zeitraum	Bewilligte Anträge gesamt	Bewilligte Anträge von Vätern	Väter mit mehr als 2 Monaten Elterngeld
1. Quartal 2007	58.417	3.985 (6,8%)	50 %
bis Ende 2. Quartal 2007	199.715	17.058 (8,5%)	44 %
bis Ende 3. Quartal 2007	386.955	37.140 (9,6%)	43 %
bis Ende 4. Quartal 2007	571.411	60.012 (10,5%)	37 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008

Die tatsächliche Entwicklung des Elterngeldbezuges der Väter zeigt, dass Wunsch und Wirklichkeit deutlich auseinanderliegen.

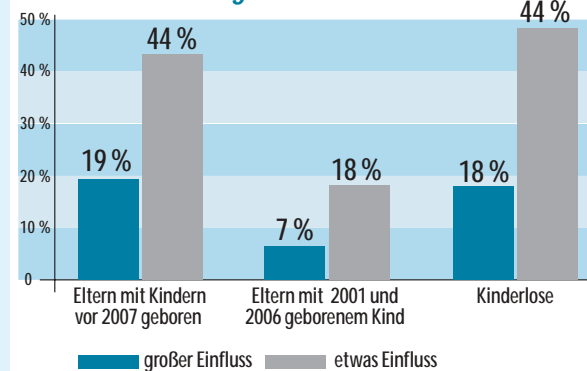
Bedeutung des Elterngeldes für Kinderwünsche und für Geburtenentwicklung

Danach befragt, ob das Elterngeld junge Menschen bei ihrer Entscheidung für Kinder beeinflusst, sehen viele Befragte im gewissen Umfang eine Wirkung.

28 % aller Elterngeldbeziehenden sind der Auffassung, dass das Elterngeld die Entscheidung für (weitere) Kinder erleichtern könnte.

Wie groß der Einfluss des Elterngeldes auf die Entscheidung für Kinder von verschiedenen Eltern bzw. Kinderlosen eingeschätzt wird, lässt sich aus der folgenden Grafik entnehmen.

Einfluss des Elterngeldes auf die Entscheidung für die Kinder



Quelle: IFD 2007

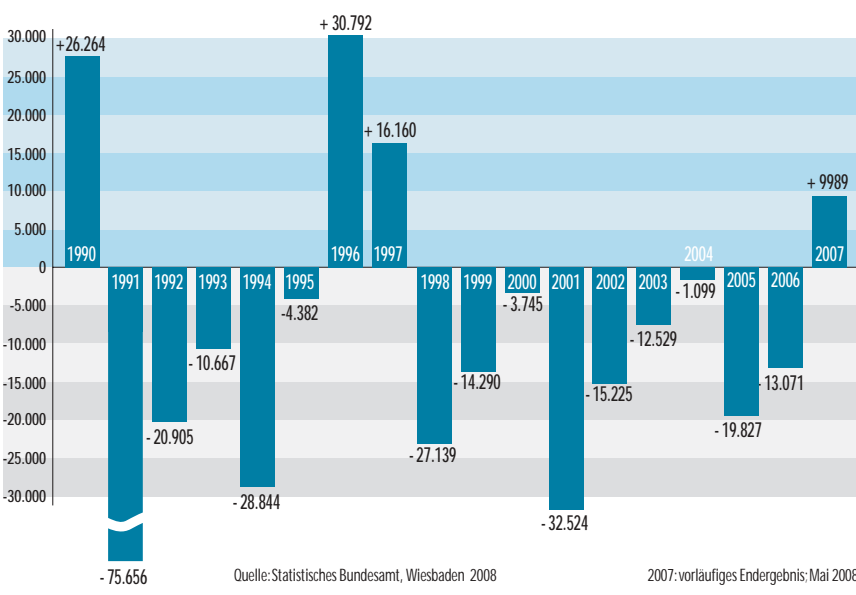
Wie man sieht, fällt der Anteil der repräsentativ befragten Eltern mit Kindern, die zwischen 2001 und 2006 geboren wurden, im Hinblick auf den Einfluss auf die eigene Familienplanung erheblich geringer aus.

Die Ergebnisse lassen vermuten, dass einerseits ein erheblicher Teil der Befragten die Familienplanung und die Ausgestaltung der anschließenden Familienphase vom Elterngeld als beeinflussbar ansehen und insofern ein dahingehendes Meinungsklima entstanden ist. Eine konkrete Entscheidung für oder gegen Kinder wird jedoch nicht oder nur geringfügig durch das Elterngeld beeinflusst.

In Deutschland sind die Geburtenzahlen 2007 seit 10 Jahren das erste Mal wieder leicht gestiegen; dies obwohl die Anzahl potentieller Mütter (15 – 45 Jahre) allein zwischen 1996 und 2003 um 400.000 gesunken und weiter rückläufig ist.

Inwiefern hier tatsächlich das Elterngeld nachhaltigen Einfluss auf die Geburtenzahlen hat, muss sich erst in den nächsten Jahren zeigen.

Differenz der Geburtenzahlen zum jeweiligen Vorjahr 1990-2007



Statistisch lässt sich ein möglicherweise ähnlicher Effekt im Übergang der Jahre 1995 auf 1996/1997 ablesen, wo nach einer damals nominal deutlichen Erhöhung des Kindergeldes deutliche Geburtsanstiege zu verzeichnen waren. Allerdings kam die Ernüchterung in den Jahren danach, als klar wurde, dass die Erhöhung des Kindergeldes einherging mit dem Wegfall des gleichzeitigen Steuerfreibetrages d. h. das Ergebnis für die absolute Mehrheit der Familien ein Nullsummenspiel war.

Elterngeldes und wirtschaftliche Stabilität von Haushalten

Paarhaushalte sehen mehrheitlich ihre wirtschaftliche Lage mit dem Elterngeld als eher gut an und nur ein kleiner Teil bezeichnet sie

Bedeutung des Elterngeldes für die wirtschaftliche Stabilität von verschiedenen Haushalten

Eigene Einschätzung wirtschaftl. Lage	Paarhaushalte in Prozent	Alleinerziehende in Prozent	Mehrkindfamilien in Prozent
Sehr gut	4,8	0,6	2,9
Gut	39,8	11,0	25,9
Es geht	36,5	40,8	40,3
Eher schlecht	5,2	28,4	12,3
Schlecht	1,9	15,2	3,8
Keine Angabe	11,8	4,0	14,7
gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: IFD 2007

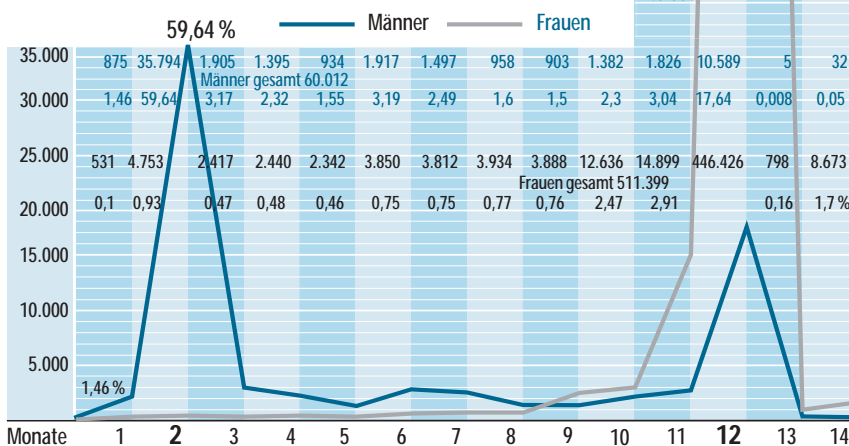
als schlecht. Im Vergleich zu den Paarhaushalten ist die Einschätzung allein Erziehender eher schlecht und schlecht. Die Zustimmung von jungen Eltern, die drei oder mehr Kinder haben, ist vergleichsweise gering, wenn auch mehrheitlich vorhanden. Unter ihnen halten sich Befürworter mit 44 % und Gegner mit 42 % fast die Waage. Diese Gruppe schätzt ihre finanzielle Situation am seltensten als befriedigend ein und wünscht sich am häufigsten weitere (finanzielle) Hilfen.

als schlecht. Im Vergleich zu den Paarhaushalten ist die Einschätzung allein Erziehender eher schlecht und schlecht. Die Zustimmung von jungen Eltern, die drei oder mehr Kinder haben, ist vergleichsweise gering, wenn auch mehrheitlich vorhanden. Unter ihnen halten sich Befürworter mit 44 % und Gegner mit 42 % fast die Waage. Diese Gruppe schätzt ihre finanzielle Situation am seltensten als befriedigend ein und wünscht sich am häufigsten weitere (finanzielle) Hilfen.

Elterngeldstatistik lesbar gemacht

Die Ergebnisse aus der Elterngeldstatistik des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2007 sprechen für sich.

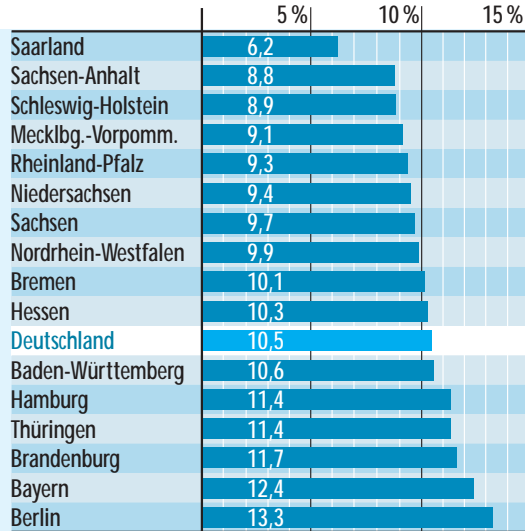
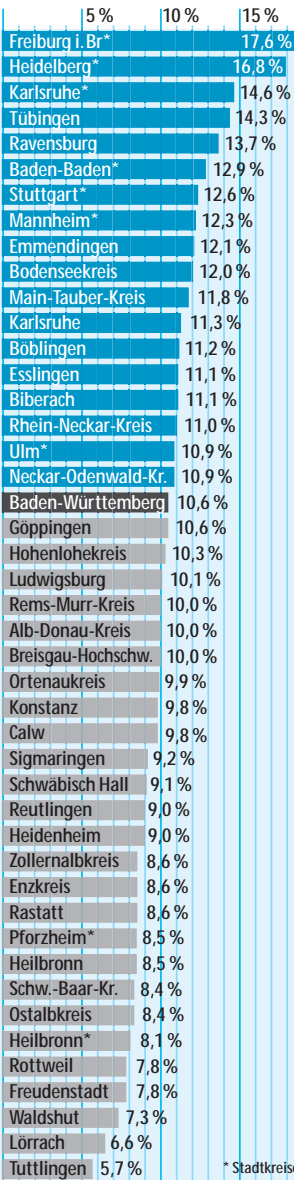
Bezugsdauer des Elterngeldes



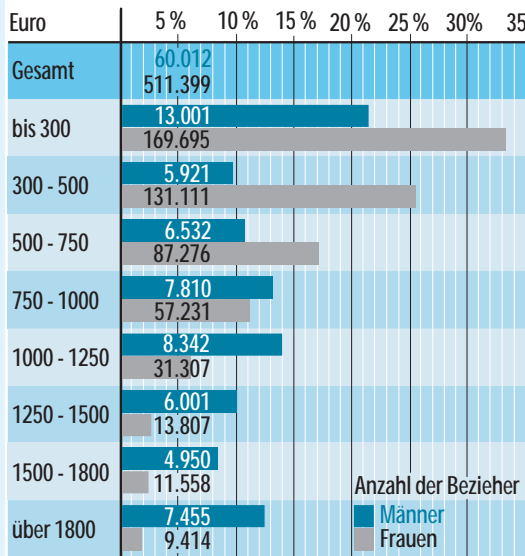


Männliche Elterngeldbezieher 2007

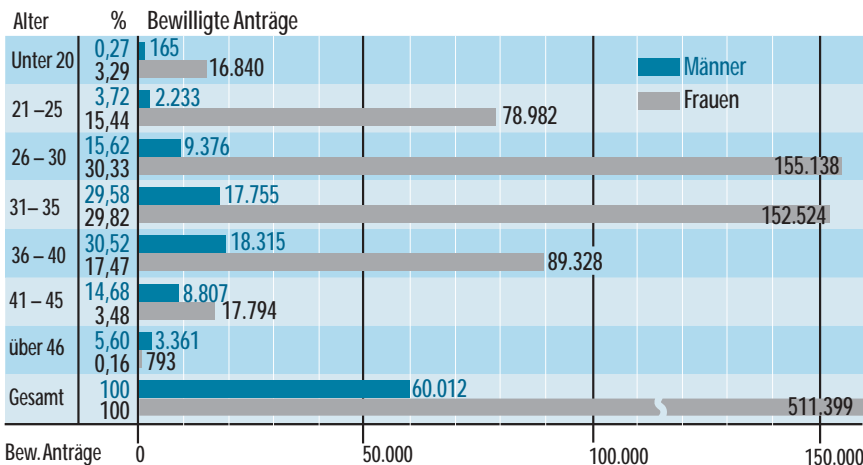
Baden-Württemberg Deutschland



Höhe des Elterngeldes



Altersgruppen bei Frauen und Männern



Elterngeld – für alle gut?

Keineswegs für alle – die rund 50 % BezieherInnen des Mindestbetrages des Elterngeldes von nur 300 € nur ein Jahr lang markieren richtig die Größenordnung der benachteiligten Eltern. Bis inklusive 2006 gab es für sehr viele zwei Jahre lang 300 € Bundeserziehungsgeld. Im Jahre 2005 (die Bundesregierung verhindert die Herausgabe der Zahlen für 2006!) waren es im zweiten Jahr:

- rd. 55 %, die 300 €
- 5,3 %, die 200 € bis 300 € und
- 4,9 %, die 100 bis 200 € Bundeserziehungsgeld bekamen.

Die Benachteiligung ist also offensichtlich! Betroffen sind insbesondere alleinerziehende Eltern, Eltern mit mehreren Kindern (und deshalb nicht oder geringfügig erwerbstätig) die Dienstleistungsberufe im Frisörhandwerk und Gartenbau, Verkäuferinnen, teilzeitbeschäftigte Erzieherinnen und Krankenschwestern....und besonders krass Studentinnen – die als besonders gewünschte „Akademikerinnenzielgruppe“ – nur 300 € Elterngeld bekommen, das Kindergeld auf 25 Jahre Zahldauer verkürzt wurde und die in den meisten Bundesländern Studiengebühren zahlen müssen.

Die eine Milliarde Euro Mehrausgaben im Vergleich zum Bundeserziehungsgeld werden ausschließlich für gut verdienende Eltern ge-/verbraucht.

Das Elterngeld ist ein wirksames Instrument staatlicher Umverteilung – allerdings von den wirtschaftlich Schwächeren zu den Starken.

Mit Familienlastenausgleich hat das nichts zu tun!

Wider das Vergessen

Die Kosten des Elterngeldes von 4,1 Mrd. € sind doppelt und dreifach durch die Eltern beglichen, denn:

- 3,2 Mrd. € altes Bundeserziehungsgeld fallen weg
- 3,5 Mrd. € Baukindergeld sind gestrichen
- 0,5 Mrd. € fallen durch die Kindergeldkürzung (vom 25. auf das 27. Lebensjahr sich jährlich addierend) weg
- Die Mehrwertsteuererhöhung von 3 % trifft Familien besonders hart (mehr Personen, gleich Familien, gleich zwangsläufig mehr Konsum/Mehrwertsteuer)
- Die aktuelle hohe Inflation belastet Familien überproportional: Lebensmittelpreise und Kosten für Haushaltsenergie sind um eine Vielfaches mehr gestiegen als die allgemeine Inflation
- Die Einführung von Studiengebühren... und, und, und belasten Familien zusätzlich

Lohnquoteneinbruch

Dramatischer Einbruch der Lohnquote:

Finanzieller Spielraum für Familien wird immer geringer

Die Lohnquote – der Anteil der Arbeitnehmerentgelte (d.h. der Bruttolöhne incl. Lohnsteuern, Sozialabgaben und incl. AG-Anteile an Sozialversicherungsbeiträgen) am Volkseinkommen lag noch Anfang der 80er Jahre bei 76 %. Bis zum Jahr 2000 ist der Anteil auf 72,2 % (Destatis) nur langsam zurückgegangen.

In den letzten 7 Jahren hingegen brach die Lohnquote regelrecht ein: im Gesamtjahr 2007 auf nur noch 64,6 % (www.destatis.de)! Dieser Sturz kann nicht mit Veränderungen am Anteil der Arbeitnehmerzahl (bereinigte Lohnquote: 65,6 %) oder vermehrter Teilzeitarbeit (bereinigte Lohnquote: 65,5 %) erklärt werden. Zum Vergleich: Die USA haben seit Jahrzehnten eine konstante Lohnquote von etwa 70%!

UND: das Arbeitnehmerentgelt hätte dann allein in 2007 um 135 Milliarden Euro höher gelegen!

Das hätte bedeuten können:

44 Mrd. Euro **mehr** für die Sozialversicherungskassen (Renten, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung)

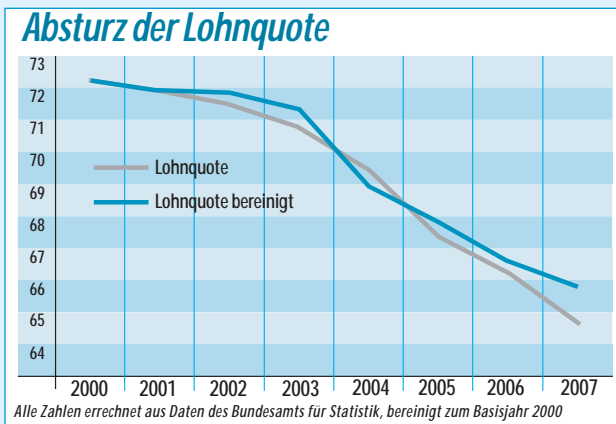
20 Mrd. Euro **mehr** Steuereinnahmen (Lohnsteuer)

71 Mrd. Euro **mehr** Nettolohn für die Verbraucher,

d.h. **höhere Kaufkraft zu Stärkung unseres Binnenmarktes**



Dr. Uwe Hans Staub



	2000 in Mrd. Euro	2007 in Mrd. Euro	2007, falls Verteilung (Lohnquote) wie 2000	Differenz
Volkseinkommen	1524	1824	1824	
davon:				
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	424	643	508	-135
Arbeitnehmerentgelt	1100	1181	1316	+135
darin enthalten:				
Sozialversicherungsbeiträge (AN+AG)	359	388	432	+44
Lohnsteuer				
Nettolohn	570	621	692	+71
Lohnquote (Arbeitnehmerentgelt/Volkseinkommen)	72,2 %	64,6 %	72,2 %	

Abb. 1

Was steckt hinter diesem scheinbar harmlosen Rückgang der Lohnquote um rd. 8 %? Nun, dieser Rückgang bedeutet schlicht, dass die Arbeitnehmer und mit Ihnen die Sozialversicherungssysteme und der Staat auf nunmehr jährlich 135 Milliarden Euro (in den letzten 4 Jahren insgesamt über 400 Milliarden Euro) verzichten zugunsten von Unternehmern und Vermögenden. Konkret in Zahlen ausgedrückt:

Fazit: Wäre die Verteilung zwischen Unternehmens-/Vermögenseinkommen einerseits und Arbeitnehmerentgelt andererseits in 2007 unverändert wie in 2000 geblieben, hätten sich Unternehmer/Vermögende gleich wie Arbeitnehmer um jeweils 20 % Steigerung (nicht inflationsbereinigt) in den letzten 7 Jahren freuen können.

Die indirekten Wirkungen (z. B. keine notwendigen Nullrunden für Rentner, damit noch höhere Kaufkraft – keine notwendige Mehrwertsteuererhöhung, aber dank Mehrkonsum trotzdem höhere Steuereinnahmen, mehr binnenmarktgetragenes und damit stabileres Wirtschaftswachstum usw.) sind noch viel größer.

Herr Prof. Dr. Heinz-Josef Bontrup, Wirtschaftswissenschaftler, kommentiert seine ganz ähnlichen Berechnungen in der Sendung vom Deutschlandradio 29.04.2008 wie folgt:

„Das zeigt die gigantische Umverteilung. Das ist im Grunde des Pudels Kern. Darin liegt unsere Krise begründet und wenn wir dort nicht zur Besinnung kommen, dann werden wir unser Land noch weiter vor die Wand fahren.“

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (www.destatis.de), ergänzt durch eigene Berechnungen. Einige der Destatis-Zahlen sind noch als vorläufig deklariert.



Für Familien potenzieren sich die Probleme:

Durch die magere Lohnentwicklung wird das Familieneinkommen gedrückt.

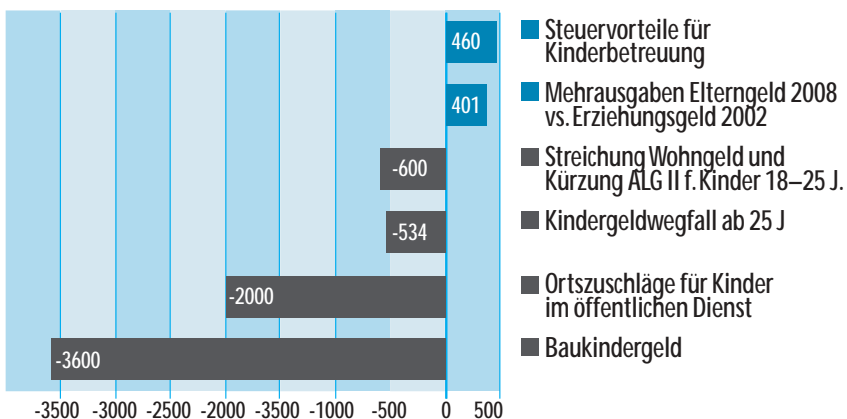
Familien haben eine unterdurchschnittliche Sparquote und damit noch geringere Chancen, wenigstens an der rasanten Vermögensentwicklung zu partizipieren.

Andererseits haben Familien eine überdurchschnittliche Konsumquote. Haushalte mit Kindern geben überdurchschnittlich viel für Bildung, Verkehr und Nahrung aus – alles Bereiche, in denen die Preisentwicklung mit 8 – 35 % derzeit besonders zuschlägt (*Studie Prof. Brachinger/ARD*).

Leider sind auch staatliche Hilfen für Familien eher zurückgefahren worden (s. Abb. 2). Das

Abb. 2

Familienpolitik: Die größten Wohltaten und Opfer für Familien seit 2005



Kindergeld für das 3. Kind stagniert beispielsweise seit 12 Jahren, Landeserziehungsgelder wurden vielerorts gestrichen, Studiengebühren eingeführt.

Abb. 2: Die „Opfer“ wirken sich in o.g. Umfang erst nach vollständigem Wegfall des Bestandsschutzes aus. Für Elterngeld sind 2008 veranschlagt 4,04 Mrd €, in 2002 wurden 3,63 Mrd. für Erziehungsgeld ausgegeben. Mit Baukindergeld ist hier die für Kinder ausbezahlte Eigenheimzulage gemeint (3,3 – 3,6 Mrd. €).

Schlussbemerkungen:

1. Ein weiterer Verfall der Lohnquote führt zu einer dramatischen Schwächung des Binnenmarktes, weiter sinkenden Staats- und Sozialversicherungseinnahmen und letztlich einem drohenden Ende des sozialen Friedens in Deutschland.

2. Familien sind mit ihrer hohen Konsumquote der **Motor für den Binnenmarkt**, doch damit auch von der derzeitigen Preissteigerung besonders getroffen. Eine angemessene Teilhabe am Wirtschaftswachstum und ein Verzicht auf weitere Kürzung familienpolitischer Leistungen sind unabdingbar.

3. „**Mehr Netto vom Brutto**“ reicht nicht: Die Lohnquote ändert sich dadurch nicht! Werden Lohnsteuersenkungen gar durch Konsumsteuererhöhungen oder weitere Kürzungen bei Familienleistungen gegenfinanziert, wird dies für Familien schnell zum Minusgeschäft.

Vorankündigung

Wochenende des Familienbundes zur sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit

vom 14. - 16. November 2008

in der Familienferienstätte Haus Feldberg-Falkau

Nähere Informationen unter www.familienbund-freiburg.de

Noch vor Monaten wurde mit dem Slogan "Geiz ist geil" Werbung gemacht. Hauptsache billig, Hauptsache viel. Die wahren Kosten des schnellen Konsums wurden verschwiegen. Geiz ist geil ist uns nun aber im Hals stecken geblieben – gerade auch angesichts stark gestiegener Kosten für Treibstoffe und Lebensmittel. Auf einmal werden Energiekrise und Klimawandel wieder von vielen ernst genommen.

Scheinbar stehen wir ohnmächtig vor diesen Entwicklungen. Gerade Familien leiden unter

der Preisexplosion. Aber sind Öko und Bio nur etwas für Reiche?

Wie hängen die verschiedenen Prozesse zusammen? Was können wir tun, um uns gesund und doch preiswert zu ernähren? Welcher Konsum ist verantwortbar? Welchen Stellenwert hat für uns Mobilität? Wie gehen wir richtig mit Energie um? Was heißt für uns „Nachhaltigkeit“? Diese und ähnliche Fragen stehen im Mittelpunkt des Wochenendes.

Neues Unterhaltsrecht ab 2008:

Angleichung auf unterstem Niveau

Anfang November 2007 hatten sich Union und SPD auf eine Reform des Unterhaltsrechts verständigt. Von 2008 an haben alle Kinder die gleichen Ansprüche auf Unterstützung - unabhängig davon, ob sie aus der ersten, einer weiteren Ehe oder aus einer Beziehung ohne Trauschein stammen.

Von der neuen Regelung sollen vor allem die Kinder profitieren - geht diese Rechnung auf? Anne Lenze lotet in ihrem Beitrag die Gewinner und Verliererinnen dieser Reform aus.

Es ist immer wieder erstaunlich,

wie mit den Begriffen Gleichbehandlung und Kindeswohl Rechtsänderungen politisch kommuniziert werden, die eine Verschlechterung der Lage der betroffenen Kinder mit sich bringen.

Das seit Anfang 2008 gültige Gesetz der Großen Koalition bezieht sich auf den Unterhaltsanspruch von geschiedenen und anderen Müttern. Eine gleiche Behandlung werden Kinder zukünftig insofern erfahren, als ihre Mütter unabhängig vom Familienstand nach denselben Bedingungen Unterhalt wegen der Betreuung ihrer Kinder erhalten sollen. Nach dem alten Unterhaltsrecht hatten geschiedene Mütter bis zum 8. Lebensjahr des jüngsten Kindes keine Erwerbsobliegenheit, danach wurde ihnen zugemutet, halbtags zu arbeiten, ab dem 16. Lebensjahr ganztags. Da in den meisten Fällen das Einkommen des Mannes nicht ausreicht, um mehrere Familien zu finanzieren, ist die Rangfolge der Unterhaltsberechtigten im Mangelfall von großer Bedeutung. Geschiedene Mütter standen bislang noch im Rang vor einer neuen Ehefrau des Ex-Ehemannes. Dies galt erst recht gegenüber nichtehelichen Müttern, deren Unterhaltsanspruch gegen den Vater darüberhinaus regelmäßig auf drei Jahre begrenzt war.

Jetzt werden aus dem Einkommen des Unterhaltspflichtigen – in den meisten Fällen ist dies der Vater, der nicht mit den Kindern zusammenlebt – zunächst die Unterhaltsansprüche der minderjährigen Kinder befriedigt. Danach kommen im Rang gleichberechtigt alle Mütter, die gemeinsame Kinder betreuen, unabhängig davon, ob sie mit dem Vater verheiratet sind oder nicht. Der Unterhaltsanspruch wegen Kinderbetreuung wird regelmäßig auf drei Jahre begrenzt.

Gleichbehandlung scheint immer eine gute Sache zu sein. Im Fall der Gleichbehandlung von ehelichen und nichtehelichen Kindern allerdings wird glatt übersehen, dass eine Angleichung auf dem untersten Niveau erfolgt ist - nicht auf dem höheren oder einem mittleren. Es profitieren in erster Linie die unterhaltsabhängigen Männer, deren unermüdliche Lobbyarbeit nun endlich zum gewünschten Ziel geführt hat, nämlich dem Recht, auch ökonomisch eine Zweitfamilie gründen zu können. Die geschiedenen Ehefrauen haben das Nachsehen, auch wenn sie in gegenseitigem Einvernehmen mit dem Mann ihren Beruf aufgegeben haben, um sich ganz dem Haushalt und der Kindererziehung zu widmen. Das neue Recht gilt auch für abgeschlossene Unterhaltsfälle. Vertrauensschutz spielt keine Rolle.

In zweiter Linie profitiert der Staat, dem es auf diese Weise gelingt, einen Teil der Kinder aus der Sozialhilfestatistik zu entfernen. Wenn nun in erster Linie die Unterhaltsansprüche der minderjährigen Kinder erfüllt werden müssen, werden diese Kinder kein Sozialgeld beziehungsweise keinen Unterhaltsvorschuss mehr beziehen. Ob es ihnen dann allerdings ökonomisch besser geht, ist sehr zweifelhaft. Denn das, was sie an Unterhalt offiziell mehr bekommen, geht vom Unterhaltsanspruch ihrer Mütter ab.

Da Mütter und Kinder aber eine wirtschaftliche Einheit bilden, wird sich an der Situation der Kinder nichts ändern. Alleinerziehende Mütter mit Kinder weisen laut Datenreport 2006 mit 35,8 Prozent die höchste Armutsquote von allen Bevölkerungsgruppen auf. Dies wird sich durch das neue Recht eher noch verschärfen. Stattdessen müssen Mütter zukünftig ab dem dritten Lebensjahr des jüngsten Kindes erwerbstätig sein. Ob dies dem Kindeswohl dient, ist fraglich: Häufig ist der Trennung der Eltern eine für alle Beteiligten gefühlsmäßig zermürbende Zeit vorausgegangen und die mit den Kindern zusammenlebenden Elternteile bräuchten eigentlich Zeit, sich vermehrt um die Bedürfnisse der Kinder zu kümmern.



Prof. Dr. jur. Anne Lenze
Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule Darmstadt





Neues Gesetz



Warum hier die „Gleichbehandlung“ auf dem niedrigen Niveau und nicht auf dem höheren oder einem mittleren Niveau hergestellt wurde, wird nicht erläutert. Soziale oder pädagogische Gründe sucht man in der Gesetzesbegründung vergebens.

Es setzt sich mit dieser Gesetzgebung eine Tendenz fort, die sich dadurch auszeichnet, dass die Gesellschaft den Eltern immer weniger Zeit lässt, sich selber um ihre Kinder zu kümmern. Auch im Grundsicherungsbezug können Eltern maximal bis zum dritten Lebensjahr des Kindes zuhause bleiben. Ab diesem Zeitpunkt räumt das Recht einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ein. Das Familienrecht zieht nun nach. Das neue Elterngeld sieht sogar nur eine bezahlte Auszeit von einem Jahr vor. In Zeiten der Arbeitskräfteknappheit aufgrund des demographischen Wandels muss nun zunehmend auf die Frauen rekurriert werden. Im Sinne der Einheit der Rechtsordnung sollte allerdings dann auch ein verbindliches Eheleitbild der beiderseits

berufstätigen Eltern vorgegeben werden, so dass es nicht allein die Frauen sind, die im Fall der Scheidung die ökonomischen Nachteile der Hausfrauenehe zu tragen haben, während ihre Ex-Männer dieses Modell in der nächsten Verbindung gleich wieder aufleben lassen dürfen. Ob mit diesem, vor allem an den Erfordernissen der Wirtschaft ausgerichteten Familienkonzept allerdings mehr Kinder geboren werden, steht in den Sternen.

Eine weitere familienschädliche Tendenz wird durch das neue Unterhaltsrecht verstärkt. **Das geltende Steuer- und Sozialversicherungssystem führt zu einer Verarmung von Familien:** Steuerlich werden Kinder nicht berücksichtigt - die Familie mit 5 Kindern zahlt genauso viel Einkommenssteuern wie das kinderlose Ehepaar. Das familiäre Existenzminimum wird nicht von der Beitragserhebung zur Sozialversicherung freigestellt, damit werden Abgaben auch auf die Teile des elterlichen Einkommens erhoben, die diese für den Unterhalt der Kinder verwenden müssen. Und zuletzt führt die immer weitere Erhöhung der indirekten Steuern dazu, dass Familien wegen ihrer zwangsläufig hohen Konsumausgaben immer weiter zur Finanzierung der Staatsausgaben beitragen. Statt dieses familienfeindliche Steuer- und Abgabensystem grundlegend zu verändern und Eltern mehr von ihrem erzielten Einkommen zu belassen, wird ihnen zugemutet, gegen die Ungerechtigkeiten des Systems mit immer mehr Erwerbsarbeit anzuarbeiten. Hier fügen sich die Veränderungen des neuen Unterhaltsrechts nahtlos ein.

Prof. Dr. jur. Anne Lenze

Oberbürgermeister Michael Beck zeigt Kindern im Haus der Familie die Kletterwand – eines von vielen Bewegungsangeboten in der neuen Einrichtung.



Modellprojekt

Neue Kinderbetreuungseinrichtung mit landesweitem Pilotcharakter:

„Haus der Familie“ in Tuttlingen

Seit August 2007 gibt es in Tuttlingen eine neue Kinderbetreuungseinrichtung mit landesweitem Pilotcharakter: Betriebe in Tuttlingen können Betreuungsplätze für Kinder ihrer Mitarbeiter in der städtischen Einrichtung „Haus der Familie“ buchen.

„Es war mir sehr wichtig, dass in der Trägerschaft der Stadt diese neuartige Kinderbetreuungseinrichtung entsteht. Ohne das Interesse und die Beteiligung der Unternehmen wäre das Projekt aber nicht realisierbar gewesen“ betont Oberbürgermeister Beck.

Haus der Familie

Familienförderung und wirtschaftsfördernde Standortpolitik – das Haus der Familie verbindet beides. Im ehemaligen Fabrikareal in der Schaffhauser Straße werden derzeit bis zu 50 Kinder betreut. Bis zum Sommer werden wegen der hohen Nachfrage durch den Ausbau des Dachgeschosses weitere 20 Krippenplätze geschaffen.

Die Firmen können dort feste Plätze für die Kinder ihrer Mitarbeiter buchen. Die Betreuungszeiten werden dann individuell auf die persönlichen Bedürfnisse abgestimmt – für Kinder ab sechs Monaten und Betreuungszeiten zwischen 7 – 18 Uhr. Dabei ist Ganztagsbetreuung

Ganztagesbetreuung

ebenso selbstverständlich wie eine ganzjährige Öffnung. Aber auch eine Betreuung für einzelne Tage ist möglich. Für das Belegungsrecht bezahlen die Unternehmen die jeweils anfallenden Betriebskosten an die Stadt. Große Tuttlinger Unternehmen wie Aesculap, Karl Storz und ganz neu auch Chiron nutzen bereits dieses hochflexible Angebot, weitere haben ihr Interesse bekundet. Auch der Landkreis und die Stadtverwaltung haben Plätze gebucht. Zu Beginn hatten die Firmen 19 Plätze belegt, ab Sommer 2008 werden es bis zu 35 Plätze werden – und der Bedarf ist steigend.

Unter dem gleichen Dach befinden sich auch noch eine herkömmliche Kindergartengruppe sowie eine Ganztageseinrichtung. Für das umfassende Betreuungsangebot in der neuen Einrichtung hat die Stadt bisher neun neue Mitarbeiterinnen eingestellt, insgesamt besteht das Team derzeit aus elf Mitarbeiterinnen. Nach dem Ausbau wird das Team dann nochmals um sechs neue Stellen aufgestockt.

Zur gesamten Angebotspalette des Tuttlinger Hauses der Familie gehört auch noch das zweite Gebäude im ehemaligen Firmenareal, das künftig als Mehrgenerationenhaus genutzt und am 29. September 2008 von Bundesfamilienministerin **Ursula von der Leyen** offiziell eröffnet werden wird. Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag, **Volker Kauder** sowie der katholischen **Bischof Gebhard Fürst** haben bereits ihr Kommen zugesagt. Die breite Resonanz auf die Einweihung liegt nicht zuletzt am Trägerkonzept, das auch hier wie bei der Kinderbetreuungseinrichtung neue Wege beschreitet: Im Mehrgenerationenhaus werden die kirchlichen Sozialverbände Diakonie und Caritas über die Konfessionsgrenzen hinweg ihre Angebote für Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen gemeinsam konzipieren und aufeinander abstimmen. Auch das neue Seniorennetzwerk, ein gemeinsames Projekt von Stadt, Caritas und Diakonie wird dort seinen Platz finden. Ziel ist dabei, mit einem ehrenamtlichen Netz Senioren vor Vereinsamung zu bewahren.

Chancen nutzen

„Mit gebündelten Kräften schaffen wir hier ein optimales Angebot für unsere Bürgerinnen und Bürger. Das ist für uns ein wichtiger Baustein für eine familienfreundliche Stadt“, sagt OB Michael Beck. Alles in allem investiert die Stadt Tuttlingen in das Projekt 1,9 Millionen Euro.



Interview mit Ulrike und Matthias, Eltern von zwei Jungen, 3 Monate/ 2 1/2 Jahre

Interview zur Erfahrung mit dem neuen Elterngeld

I: Im Februar habt Ihr Euer zweites Kind bekommen – seit dem 1. Januar 2007 gibt es das neue Elterngeld. Könnt Ihr beschreiben, wie sich diese Neuregelung für Euch auswirkt?

U: Bei der Geburt unseres ersten Sohnes Paul gab es nur das frühere Bundeserziehungsgeld und jetzt bekomme ich nach der Mutterschutzzeit noch immer 67 % von meinem Gehalt. Obwohl ich Teilzeit gearbeitet habe, ist das trotzdem noch sehr lohnend.

I: Darf ich fragen, wie hoch der Betrag ungefähr ist?

U: Knapp 900 €. Und was natürlich noch viel attraktiver ist, dass es jetzt diese Regelung auch für den Matthias gibt, der ja mit 67 % von seinem Gehalt gut verdient. Das ist wahrscheinlich für gut verdienenden Paare wahnsinnig lohnend, dass der Mann auch zu Hause bleiben kann und bis zu 1800 € bekommen kann.

I: Das heißt also für Dich, Matthias, dass Du auch diese 2 Monate Elternzeit nehmen wirst?

M: Ich werde sogar versuchen, 4 – 5 Monate zu nehmen, wenn das mit dem Umfeld beim Arbeitgeber vereinbar ist.

I: Erwartest Du da Schwierigkeiten?

M: Zumindest muss ich mich sehr gut absprechen, wann und wie ich es nehmen kann. Ein Kollege z. B. hätte die Elternzeit lieber am Stück genommen, muss jetzt aber jeweils einen Monat

Arbeit und Elternzeit im Wechsel nehmen. Um sich auf die Situation zu Hause wirklich einstellen zu können, ist es natürlich besser, 2 oder 3 Monate am Stück nehmen zu können.

U: Was ich aber interessant finde, dass jetzt schon 4 Kollegen aus Deinem Betrieb Kinder bekommen haben und alle nehmen mehr als 2 Monate Elternzeit und alle sind eher Besserverdienende.

I: Was für eine Art von Tätigkeit ist das?

M: Das ist alles im Bereich Software und Softwareberatung.

I: Das neue Elterngeld ist ja am Gehalt orientiert, d. h., es gibt einen Sockelbetrag von 300 €, den diejenigen bekommen, die davor kein anrechenbares Einkommen bezogen haben. Ist das gerecht? Wie beurteilt Ihr diese Regelung?

U: Ich finde das Elterngeld sehr attraktiv für Doppelverdiener. Wenn ein Elternteil sowieso zu Hause bleibt, ist es nicht so attraktiv – ich glaube auch, dass dann der Mann nur selten die zwei Monate in Anspruch nimmt. Eigentlich begünstigt diese Regelung die, die eh schon etwas mehr Geld haben.

M: Ich glaube auch, dass diese neue Regelung Besserverdiener anlocken soll, also Akademiker, denen die Karriere wichtig ist, die manchmal sagen, ich will keine Kinder, die oft erst spät oder gar keine Kinder mehr bekommen.

I: Vielen Dank



Herausgeber und Verlag:
Familienbund der Katholiken,
Diözesanverband Freiburg,
Okenstraße 15,
79108 Freiburg

Tel. 07 61 / 51 44-204
Fax 07 61 / 51 44-76 204
familienbund@
seelsorgeamt-freiburg.de

Redaktion:
Georg Zimmermann (G.Z.)
ISSN 0945-2338

Grafik, DTP:
Atelier Eschbach, Ettenheim
Druck:
Druckerei Stückle, Ettenheim

*„Es ist einfacher,
eine Nation
zu regieren,
als vier Kinder
zu erziehen.“*

Winston Churchill

